

Kleine Anfrage

des Abg. Werner Raab CDU

und

Antwort

des Innenministeriums

Entwicklung rechts- und linksradikaler sowie islamistisch-fundamentalistischer Tendenzen im Landkreis Karlsruhe

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie haben sich im Landkreis Karlsruhe von 2001 bis 2006 Straftaten in den folgenden Bereichen entwickelt:
 - rechtsradikalistische Straftaten
 - linksradikalistische Straftaten
 - islamistisch-fundamentalistische Straftaten?
2. Wie wird die Entwicklung entsprechender Gruppierungen im Landkreis Karlsruhe der unter Nr. 1 genannten Bereiche eingeschätzt?
3. Welche Konsequenzen wurden bei der Polizei und bei den Kommunen aus den in Ettlingen beantragten rechtsradikalen Demonstrationen und entsprechender Gegendemonstrationen im Laufe des Jahres 2007 gezogen?
4. Gibt es Daten über die Anzahl und Gründe von Konfessionswechseln zum Islam im Landkreis Karlsruhe in den Jahren 2001 bis 2006, bzw. über die Anzahl von Übertritten vom Islam zum Christentum?

07. 11. 2007

Raab CDU

Begründung

In Ettlingen wurde nunmehr schon im zweiten Jahr in Folge eine Demonstration rechtsradikaler Gruppierungen beantragt. Dies führt wiederum zu einer Reaktion der Linken Szene und Gegendemonstrationen. Es besteht die Befürchtung, dass in der Region ein neuer Brennpunkt entsteht.

Antwort

Mit Schreiben vom 3. Dezember 2007 Nr. 3–1228.3/278 beantwortet das Innenministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Wie haben sich im Landkreis Karlsruhe von 2001 bis 2006 Straftaten in den folgenden Bereichen entwickelt:*

- rechtsradikalistische Straftaten
- linksradikalistische Straftaten
- islamistisch-fundamentalistische Straftaten?

Zu 1.:

Die Politisch motivierte Kriminalität (PMK) wird statistisch erst ab dem Jahr 2004 getrennt nach Stadt- und Landkreisen erfasst. Im Stadt- und Landkreis Karlsruhe hat die politisch motivierte Kriminalität im 6-Jahresvergleich von 267 auf 214 Fälle abgenommen. Der Anstieg der rechtsextremistischen Straftaten im Jahr 2005 von 81 auf 119 Fälle lässt sich mit der Zunahme von Propagandadelikten anlässlich der Bundestagswahl im Jahr 2005 erklären. Im Vergleich zum Jahr 2001 ist eine Abnahme rechtsextremistischer Straftaten festzustellen. Der Anstieg der linksextremistischen Straftaten von 26 auf 92 Fälle im Jahr 2006 ist vorwiegend auf die Besetzung und Räumung des Anwesens Schwarzwaldstraße 79 in Karlsruhe zurückzuführen (39 Fälle).

Jahr	Gesamt	Rechts	Links	Ausländer	davon Islamis./ Fundamentalismus	nicht zuzuordnen
2001	267	154	96	17	– **	– *
2002	193	124	54	12	– **	3
2003	201	60	87	39	– **	15
2004	125	81	28	5	1	11
2005	156	119	26	0	0	11
2006	214	104	92	4	0	14

* Der Bereich „nicht zuzuordnen“ wird erst seit 2002 statistisch ausgewiesen.

** Statistische Angaben zu Islamismus/Fundamentalismus sind auf Ebene der Polizeidirektionen/Polizeipräsidien erst seit 2004 möglich.

Für den Landkreis Karlsruhe ergibt sich nach der gesonderten Erfassung ab dem Jahr 2004 folgende Entwicklung:

Jahr	Gesamt	Rechts	Links	Ausländer	davon Islamis./ Fundamentalismus	nicht zuzuordnen
2004	58	45	9	0	0	4
2005	79	65	7	0	0	7
2006	68	43	20	0	0	5

Der Anstieg der rechtsextremen Straftaten hängt auch im Landkreis mit der Bundestagswahl im Jahr 2005 zusammen. Der Anstieg der Straftaten im Bereich Linksextremismus lässt sich nicht auf eine Hauptursache zurückführen.

2. Wie wird die Entwicklung entsprechender Gruppierungen im Landkreis Karlsruhe der unter Nr. 1 genannten Bereiche eingeschätzt?

Zu 2.:

Entwicklung Rechtsextremismus

Die rechtsextremistische Skinhead- und Neonaziszene im Land- und Stadtkreis Karlsruhe stellt einen Brennpunkt in Baden-Württemberg dar. Das Personenpotenzial der rechtsextremistischen Skinheadszone beläuft sich im Landkreis auf ca. 60 Personen und befindet sich damit seit Jahren auf hohem Niveau. Rechtsextremistische Skinheads lehnen es zumeist ab, eigene, festere Organisationsstrukturen zu bilden oder in solchen kontinuierlich mitzuarbeiten.

Der neonazistischen Szene im Landkreis Karlsruhe werden etwa 50 Personen zugerechnet. Die bislang dort vorhandene regionale Führungsrolle bei öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten scheint sich jedoch in den letzten Jahren auf die Szene in anderen Landkreisen verlagert zu haben. Ob dies mittelfristig zu einem Rückgang der Szeneaktivitäten im Landkreis führt, kann noch nicht abgeschätzt werden. Insgesamt sind die Aktivitäten im Skinhead- und Neonazibereich im Landkreis Karlsruhe seit Jahren auf einem gleich bleibenden Niveau.

Die Angehörigen rechter Gruppierungen traten in der Vergangenheit insbesondere wegen Straftaten im Zusammenhang mit demonstrativen Aktionen in Erscheinung. Hier steht vor allem die Konfrontation mit dem linken Spektrum im Vordergrund. Die Straftatenentwicklung hängt somit auch mit dem zukünftigen Demonstrationsgeschehen zusammen.

Unter den rechtsextremistischen Parteien im Landkreis Karlsruhe ist die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) mit ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) erwähnenswert. Bei der NPD ist gegenüber den letzten Jahren von einer Zunahme der Aktivitäten auszugehen. Die Gründung des Kreisverbands Karlsruhe-Land vom November 2006 zeigt das Bestreben der NPD, ihre Strukturen in diesem Bereich organisatorisch zu festigen und auszubauen. Die Jugendorganisation der NPD, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), versucht ebenfalls, ihre Aktivitäten im Landkreis Karlsruhe zu verstärken.

Entwicklung Linksextremismus

Der Landkreis Karlsruhe ist im Gegensatz zum Stadtkreis kein Schwerpunkt der linksextremistischen Szene in Baden-Württemberg. Im Stadtkreis Karlsruhe sind neben linksextremistischen Parteien und Organisationen auch autonome Gruppierungen aktiv, die grundsätzlich dem gewaltbereiten linksextremistischen Spektrum zuzurechnen sind. Einige dieser Organisationen beteiligen sich auch an Aktivitäten im Umland.

Straftaten in der direkten Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner spielen eine maßgebliche Rolle. Das Demonstrationsgeschehen wird daher auch künftig die Straftatenentwicklung beeinflussen.

Entwicklung islamistischer Terrorismus

Deutschland ist Teil des weltweiten Gefahrenraumes und steht unmittelbar im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus. Mit einem Rückgang islamistisch-terroristischer Bestrebungen in naher Zukunft ist nicht zu rechnen.

Es ist jedoch festzustellen, dass die Thematisierung des gewaltbereiten Islamismus in Deutschland innerhalb der legalistisch agierenden Organisationen zu verstärkten Bemühungen um positive Eigendarstellung und Distanzierung zum Terrorismus führte.

Im Landkreis Karlsruhe sind islamische Organisationen bekannt, die als Treffpunkte erkannter Islamisten dienen.

3. Welche Konsequenzen wurden bei der Polizei und bei den Kommunen aus den in Ettlingen beantragten rechtsradikalen Demonstrationen und entsprechender Gegendemonstrationen im Laufe des Jahres 2007 gezogen?

Zu 3.:

Die Kommunen nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten für Versammlungsverbote und versammlungsrechtliche Beschränkungen bei Demonstrationen rechts- und linksextremistischer Gruppierungen konsequent aus. Im Jahr 2006 wurde die für den 28. Januar 2006 in Karlsruhe sowie für den 2. Dezember 2006 in Ettlingen angemeldeten Versammlungen behördlich verboten und damit verhindert.

Im Jahr 2007 wurden im Stadt- und Landkreis Karlsruhe bislang fünf Versammlungen des rechtsextremistischen Spektrums angemeldet. Davon betreffen vier Anmeldungen die Durchführung von Aufzügen in Ettlingen am

- Samstag, 1. Dezember 2007,
- Samstag, 8. Dezember 2007,
- Samstag, 15. Dezember 2007 und
- Montag, 24. Dezember 2007.

Die für den 1. Dezember 2007 angemeldete Versammlung wurde von der Stadt Ettlingen mit Verfügung vom 22. November 2007 verboten. Das Versammlungsverbot wurde eingehalten.

Die fünfte Versammlung wurde am 8. Mai 2007 als Mahnwache auf dem Turmberg in Karlsruhe-Durlach durchgeführt. Für ein Verbot der Versammlung am 8. Mai 2007 lagen die gesetzlichen Voraussetzungen nach Auffassung der Stadt Karlsruhe nicht vor. Die von ihr angeordneten Beschränkungsmaßnahmen wurden eingehalten. Ein strafbares Verhalten der rechtsextremistischen Versammlungsteilnehmer wurde nicht festgestellt. Eine tätliche Auseinandersetzung mit Gegendemonstranten konnte aufgrund des durchgeführten Polizeieinsatzes verhindert werden.

Die Polizei des Landes schreitet bei Gefahren, Störungen und Straftaten aus der extremistischen Szene frühzeitig und unter konsequenter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten ein. Sie gewährleistet bei Versammlungen grundsätzlich die ungehinderte Ausübung des geschützten Rechtsgutes der Versammlungsfreiheit. Erforderliche Eingriffsmaßnahmen werden im Rahmen der behördlichen Entscheidungen und der rechtlichen Grundlagen durchgeführt. Insbesondere sollen Konfrontationen rivalisierender Gruppierungen und anlassbezogene gewalttätige Auseinandersetzungen verhindert werden.

Im Vorfeld von extremistischen Versammlungen werden anlassbezogen umfassende polizeiliche Maßnahmen durchgeführt. Hierunter fällt beispielsweise eine zielgerichtete Aufklärung im Vorfeld, um Personen, Treff- und Sammelorte zu identifizieren sowie Personenzusammenhänge und Organisationsstrukturen aufzuhellen. Ferner führen die Polizeidienststellen gezielte Kontrollmaßnahmen sowie intensive Aufklärungsmaßnahmen unmittelbar vor und während den Versammlungen durch.

4. Gibt es Daten über die Anzahl und Gründe von Konfessionswechseln zum Islam im Landkreis Karlsruhe in den Jahren 2001 bis 2006, bzw. über die Anzahl von Übertritten vom Islam zum Christentum?

Zu 4.:

In Baden-Württemberg wird keine amtliche Statistik über Konfessionswechsel geführt.

In Vertretung
Köberle
Staatssekretär